

fraktion aktuell



Newsletter der **SPD**-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel

Nummer 4 / 2021

27. Mai 2021



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossen, liebe Freunde!

Seit vielen Jahren informiert die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig in einem Newsletter über ihre Arbeit. Wir waren die ersten, die in unserer Stadt damit begonnen haben. Und wir setzen dies auch weiterhin fort.

Am 26. Mai fand die Stadtverordnetenversammlung unter Einhaltung der Coronavirus Eindämmungsverordnung im großen Saal des Brandenburger Theaters statt.

Ihre/ Eure
Britta Kormesser

Themen dieses Newsletters:

Nicole Näther

Eine Mehrheit für den Bürgerhaushalt !

Werner Jumpertz

Impfzentrum im Stahlpalast bleibt bis Herbstbeginn und auch länger!

Britta Kormesser

Wie geht es weiter mit der Verkehrsberuhigung in der Altstadt?

Carsten Eichmüller

Attraktives Wohnen in Kirchmöser – Entwicklung eines neuen Wohngebietes am Platz der Einheit

Hanswalter Werner

Wie weiter mit Museum und Depot?

Carsten Eichmüller

Neue Gebührenordnung für Taxis verschoben

Werner Jumpertz

Impfzentrum im Stahlpalast bleibt bis Herbstbeginn und auch länger!



Immer mehr Arzt-Praxen beteiligen sich hier an der Möglichkeit, ihren Patienten auch die Schutzimpfung gegen das Coronavirus anzubieten.

Für die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg (KVBB) als Dienstleister für ihre Vertragsärzte ein offensichtlicher Grund, die Trägerschaft für die Impfzentren im Auftrag des Landes nach Vertragsablauf zu beenden und ganz auf Impfungen bei den Hausärzten

zu setzen.

Damit wäre auch das Impfzentrum im Stahlpalast Ende Juni zur Disposition einer Schließung gestellt. Dagegen haben Stadtverordneten in der SVV einmütig beschlossen, das Angebot des zuständigen Ministeriums der Landesregierung anzunehmen und unser Impfzentrum ab 01. Juli in kommunale Trägerschaft bis zunächst 30.09.2021 zu übernehmen.

Mit in das kommunale Impfen einbezogen werden soll neben dem Impfzentrum im Stahlpalast auch das städtische Klinikum als zusätzliche, leistungsfähige Impfstelle. Die entstehenden Kosten zum Betrieb des Impfzentrums im vorgenannten Zeitraum (geschätzte 5 Mio. €) wird das Land nach eigenen Aussagen erstatten.

Auch unsere SPD-Fraktion hat sich der Verwaltungsbegründung zur Fortführung des Impfzentrums in kommunaler Trägerschaft nicht verschlossen: Um das Impfziel, eine Impfquote von 70 % bis zum Ende des Sommers zu erreichen, wird auch weiter der Bedarf an unserem Impfzentrum gesehen. Auch mit Blick auf den Umgang mit mittlerweile mehreren Impfstoffen von unterschiedlichen Herstellern, bei denen verschiedene Anforderungen und Intervalle für Wiederholungsimpfungen zu berücksichtigen sind.

Für die Aufgabenerledigung im Zusammenhang mit dem Betrieb des Impfzentrums (Impfstofflogistik, technische Infrastruktur, Impfmanagement abdecken, Einrichten eines Callcenter) will die Stadt mit „Dritten“ entsprechende Verträge schließen bzw. fortführen. So soll die DRK weiter die tägliche Arbeit in Zusammenarbeit mit den Johannitern und dem ASB erledigen. Bisher waren 6 Ärzte für 6 Impfstrecken im Einsatz.

Mit dem Rückzug von Hausärzten, die sich zeitanteilig für Aufgaben im Impfzentrum zur Verfügung gestellt haben, werden andere Abläufe bzw. Prozesse zur Sicherung der ärztlichen Dienste zu bedenken sein: Auch weniger Ärzte können die Impfstrecken beaufsichtigen, wenn gleichzeitig mehr die zum Impfen berechtigten Krankenschwestern eingesetzt werden.

Zuletzt ist die SVV auch der Verwaltung mit der Überlegung gefolgt, falls erforderlich das Impfzentrum in kommunaler Trägerschaft auch länger als das derzeitige Laufzeitende 30.09.2021 in Betrieb zu halten.

Die haushaltsrechtlichen Weichen wurden mit Beschluss der SVV gestellt und auch die Mitwirkung der SVV bei Überschreitung von Wertgrenzen von Auszahlungen und Aufwendungen entsprechend der Haushaltssatzung.



Nicole Näther

Eine Mehrheit für den Bürgerhaushalt !



Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung unterstützten gestern den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einführung eines Bürgerhaushalts über 150.000 € und hofft auf mehr Transparenz an den Entscheidungen im Rathaus.

Was ist ein Bürgerhaushalt? Bürgerhaushalte sind eine moderne Form der Beteiligung der Bürger/innen an der Erstellung kommunaler Haushalte, bei der die Einwohner/innen direkt, dauerhaft und eigenständig mitwirken. Die Idee hat sich seit ihrer erstmaligen Verwendung im brasilianischen Porto Alegre 1989 weltweit verbreitet. In Italien gibt es rund 30 Gemeinden, die den Bürgerhaushalt mit Erfolg anwenden. Im Land Brandenburg wenden nach unseren Informationen ca. 25 Kommunen

eine Form dieser Bürgermitsprache bei den Gemeindefinanzen an.

Dort, wo ein Bürgerhaushalt eingeführt worden ist, geht es grundsätzlich um mehr Transparenz, Konsensbildung, Effizienz des Mitteleinsatzes, Kontrolle, Verteilungsgerechtigkeit und direkte Mitbestimmung. Die Bürger/innen einer Gemeinde sind direkt betroffen, zum einen als Steuerzahler, zum anderen als Nutzer der von ihrer Gemeinde erbrachten öffentlichen Dienste. Dies hat in Ländern in Südamerika gut funktioniert und hunderttausende Menschen zur politischen Beteiligung motiviert.

Dies setzt allerdings voraus, dass unsere Verwaltung hinter dem Beschluss der Mehrheit der Stadtverordneten steht und kreative Lösungen für ein Verfahren findet! In unserer Landeshauptstadt wurde im Rahmen des Bürgerhaushalts verschiedenen Orts- und Stadtteilen ein Budget eingeräumt, bei dem viele kleinteilige Maßnahmen aus der Bevölkerung vorgeschlagen wurden, wie z. B. Willkommensschilder an Ortsein- und Ortsausgängen, die Beschaffung von Spiel- und Sportgeräten bis zur Aufstellung eines Insektenhotels.

Warum sollte dies nicht auch bei uns in Brandenburg an der Havel gelingen? Mit der Einführung des Bürgerhaushalts wollen wir der Politikmüdigkeit entgegenwirken und mehr Mitverantwortung schaffen.

Britta Kornmesser

Wie geht es weiter mit der Verkehrsberuhigung in der Altstadt?



Die Stadt Brandenburg hat im Jahr 2018 mit der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes (VEP) den Rahmen und die Strategie für die weitere verkehrliche Entwicklung in unserer Stadt geschaffen. Hier sind konkrete Maßnahmenvorschläge enthalten. U.a. sind hier auch Ansätze zur Verkehrsberuhigung in der Altstadt enthalten. Eine Zielsetzung ist die Entlastung der Altstadt vom Durchgangsverkehr, also eine Reduktion der Verkehrsmengen im Bereich der Plauer Straße, Altstädtischer Markt, Parduin und Rathenower Straße.



Als wichtige Schlüsselmaßnahme für die Umsetzung einer Verkehrsberuhigung der Altstadt wurde die Verlängerung der Gerostraße, der Bau der sogenannten „Spange“, herausgearbeitet. Denn im Bereich des nördlichen Stadtringes besteht

mit dem Doppelknotenpunkt Brielower Straße/Gerostraße bzw. Brielower Straße/Willi-Sänger-Straße derzeit eine kapazitätsbegrenzende Engstelle. Diese beiden Kreuzungen sind bereits jetzt ein Nadelöhr und können nur schwer noch zusätzliche Verkehre aufnehmen. Aus diesem Grund wurden bereits 1997 Planungen für eine bauliche Neugestaltung dieses Bereiches aufgenommen und es gab sogar schon Baurecht auf Grundlage eines Planfeststellungsbeschlusses. Auf Grund fehlender Haushaltsmittel wurde das Projekt jedoch bislang nicht umgesetzt und inzwischen hat leider auch der Planfeststellungsbeschluss seine Gültigkeit verloren.

Aufgrund des erheblichen planerischen und finanziellen und zeitlichen Aufwandes, der mit dem Neubau der Spange Gerostraße verbunden ist, wurde die Stadtverwaltung im September 2019 von der SVV beauftragt, zunächst ein Umsetzungskonzept zur Verkehrsberuhigung für die Bereiche Neustadt, Dom und Altstadt zu erarbeiten. Auf Grund der politischen Diskussion sollte der Fokus zunächst jedoch vordringlich auf die Altstadt gelegt werden. Es wurde ein Ingenieurbüro mit der Ausarbeitung verschiedener möglicher Varianten beauftragt.

Nachdem die ausgearbeiteten Varianten Mitte 2020 zunächst mit dem Verkehrsforum diskutiert wurden, wurden die Varianten 3b (Sperrung Mühlentorstraße, Einfahrtsverbot am Parduin bzw. Plauer Straße und Schaffung eines Einbahnstraßensystems) und die Variante 4 (Sperrung Altstädtischer Markt mit Poller und Regelung Bergstraße) weiter betrachtet und eine Beschlussvorlage für die SVV erarbeitet. Mit der Beschlussvorlage 036/2021 sollte die Verwaltung beauftragt werden, die Variante 3b als Vorzugsvariante weiter zu verfolgen und die Bearbeitung bzw. Planung fortzusetzen.

Diese Vorlage wurde im sowohl im Stadtentwicklungsausschuss und auch im Hauptausschuss im Monat April 2021 mit breiter Mehrheit abgelehnt. Auch wir als SPD-Fraktion stimmen dieser Vorlage aus folgenden Gründen nicht zu:

Bei der vorgeschlagenen Umsetzungsvariante, welche die Durchfahrt durch die Altstadt sehr restriktiv einschränkt, sind Verkehrsverlagerungen zu erwarten, die Bewohner in anderen Straßen mit erheblichem Mehrverkehr belasten würden. Dies betreffe insbesondere auch die Bergstraße, wo pro Tag ca. 1.300 mehr KFZ durchfahren würden. Aber gerade in der Bergstraße befindet sich ein Krankenhaus, eine Pflegeeinrichtung und eine Kita. Die Ergebnisse der von den Gutachtern untersuchten Kombination der Altstadtvariante 3 b mit den untersuchten Domvarianten zeigen weiterhin, dass die negativen Auswirkungen der Verkehrsverlagerungen auf die Innenstadt punktuell noch verstärkt werden. Das bedeutet im Ergebnis, dass die Bewohner im Bereich der Plauer Straße/Altstadt Markt/Parduin zwar spürbar entlastet würden, dafür aber andere Straßen und ihre Anwohner erheblich mehr belastet werden. In diesem Zusammenhang muss man auch sehen, dass die Verkehrsanalyse des VEP aufgezeigt hat, dass die Verkehrsbelastung auf dem Straßenzug Mühlendamm / Domlinden / Krakauer Straße mit 13.200 bis 12.100 KFZ/24 h bereits jetzt wesentlich höher ist als im Bereich der Altstadt mit 8.800 bis 7.100 KFZ/24 h. Auch ist zu beachten, dass mit der Sperrung der Brücke des 20. Jahrestages Bereich des Altstadtbahnhofes und dem in den nächsten 4 Jahren geplanten Neubau wurde für eine längere Zeit eine wichtige Verkehrsader unserer Stadt unterbrochen ist und dies auch Auswirkungen auf den Durchgangsverkehr in der Plauer Straße/Altstadt Markt/Parduin hat. Die Verkehrsmengen hier sind dadurch reduziert, da der Verkehr Ausweichstrecken benutzen muss.

Im VEP ist als erster Schritt für die Entlastung der Altstadt die Verlängerung der Gerostraße zur Willi-Sänger-Straße ganz klar aufgeführt. Daher muss aus unserer Sicht zunächst vordringlich mit der Planung und Umsetzung dieses strategisch wichtigen Knotenpunktes begonnen werden als Grundlage und Voraussetzung für weitere Maßnahmen.

Um in der Sache voranzukommen und für die Verwaltung einen klaren Verfahrensablauf zu definieren, haben wir als SPD-Fraktion zusammen mit den Fraktionen der CDU und Freien Wähler einen Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage eingebracht mit folgenden Punkten:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt ... unverzüglich die notwendigen Planungen und Verfahrensschritte ...zur Schlüsselmaßnahme „Spange zwischen der Gerostraße und Willi-Sänger-Straße“ einzuleiten und durchzuführen und unmittelbar anschließend die Realisierung des Vorhabens umzusetzen.*
2. *Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, unverzüglich die Planung und Durchführung der als vordringlich erkannten Maßnahme „Verbesserung des Oberflächenbelags im Bereich Parduin bis Plauer Straße in geeigneten Bauabschnitten umzusetzen.*

Anmerkung: Im kommunalen Haushalt wurde auf Antrag der SPD, CDU und Freien Wähler in diesem Jahr bereits 400.000,- € für die Sanierung der Fahrbahn im Bereich Altstädtischer Markt/Plauer Straße/Parduin eingestellt. Diese Sanierung soll mit einer Oberflächenverbesserung einhergehen, so dass die Lärmbelastung der Anwohner zukünftig geringer wird. Selbstverständlich sollen bei der Planung der Maßnahme auch Verbesserungen der Bedingungen für Radfahrer berücksichtigt werden.

3. Die Verwaltung wird weiter beauftragt, die Variante 3b als Vorzugsvariante ... als Maßnahme der Verkehrsberuhigung im Stadtteil Altstadt weiter zu verfolgen. Die Umsetzung der Variante soll – ungeachtet einer zuvor möglichen Erprobung nach der Verbesserung des Oberflächenbelages – grundsätzlich im direkten Anschluss an die Errichtung der Spange zwischen Gerostraße und Willi-Sänger-Straße folgen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Fortgangs der Planungs- und Umsetzungsschritte in geeigneter Weise öffentlich über die einzelnen Maßnahmen zu unterrichten.

Dieser Antrag fand in der Stadtverordnetenversammlung eine breite Mehrheit. Ein zur SVV kurzfristig eingebrachter Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne wurde nicht angenommen.

Wir hoffen, dass die Verwaltung nun zügig die von der SVV erteilten Arbeitsaufträge in Angriff nimmt. Wir bleiben an dem Thema dran und werden im Stadtentwicklungsausschuss regelmäßig den Sachstand erfragen.

Carsten Eichmüller

Attraktives Wohnen in Kirchmöser – Entwicklung eines neuen Wohngebietes am Platz der Einheit



Kirchmöser ist auf Grund seiner sehr guten Infrastruktur ein perfekter Ort zum Wohnen für Jung und Alt. Auf der wunderschönen Halbinsel umgeben von idyllischen Seen gibt es viele Erholungsmöglichkeiten, besonders für Familien mit Kindern. Dazu gehören Wassersport, Wandern, Radfahren und die unterschiedlichsten gastronomischen Angebote.



Seit 2003 gab es Überlegungen, das ehemalige NVA-Gelände

Uferstraße Ecke Bahnhofstraße als neues Wohngebiet zu erschließen. Der damalige Ortsvorsteher Magnus Hoffmann hat beim Kauf des Geländes von der Bundesrepublik darauf geachtet, dieses Gelände per SVV-Beschluss für eine mögliche Wohnbebauung zu sichern. Grundsätzlich ist festzustellen, dass Wohnbauentwicklungsland in Kirchmöser sehr rar ist.

Da das Bauinteresse von Bürgern im Ortsteil Kirchmöser ungebrochen hoch war, trafen sich vor ca. einem Jahr auf meine Initiative hin Vertreter der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und Freie Wähler vor Ort und beschlossen gemeinsam, im Bereich des Platzes der Einheit das Projekt für eine Wohnbauentwicklung politisch voranzubringen.

In der SVV war es nun so weit. Auf Grundlage eines von mehreren Fraktionen eingebrachten Beschlussantrages, der eine große Mehrheit fand, wurde der Weg zur Entwicklung des Wohngebietes am Platz der Einheit nun geebnet. Das Gelände soll neu überplant werden, so dass am Standort ca. 70 Wohneinheiten auf ca. 45000 bis 50000 Quadratmeter entstehen können.

Ich bedanke mich als Ortsvorsteher von Kirchmöser beim Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg Herrn Steffen Scheller für die konstruktiven Gespräche und bei den unterstützenden Fraktionen für ihre Initiative. Ich freue mich, wenn viele Familien hier zukünftig ein schönes Zuhause finden.

Hanswalter Werner

Wie weiter mit Museum und Depot?



In der Stadtverordnetenversammlung am 26. 5. 2021 lag nach längerer Zeit des Stillstandes nun wieder ein Beschlussantrag zu einer Entwicklungsstrategie für Museum und Museumsdepot vor.

Der Antrag war von Bündnisgrünen und Linken eingebracht worden, aber auch maßgeblich von der SPD mitgestaltet und ausgearbeitet worden. Nach Meinung der SPD sind Museen unverzichtbar. Sie sind das kollektive Gedächtnis einer Stadt, sind Orte der Wissensvermittlung, damit Bildungsanstalten, die Traditionen an die jüngere Generation weitergeben und durch

partizipative und integrative Ansätze zur Werteorientierung beitragen können.

Für die SPD waren folgende Punkte der Beschlussvorlage unverzichtbar:

1. die Errichtung eines Zentraldepots
2. die Erstellung eines Museums-, Ausstellungs- und Sammlungskonzeptes
3. die Klärung der Standortfragen
4. Eröffnung des Museums im Jubiläumsjahr 2028

Es ist außerordentlich erfreulich, dass die Vorlage eine breite Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung fand, so dass die Verwaltung mit der Arbeit beginnen kann.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport wird diesen Prozess kritisch und konstruktiv begleiten.

Warum CDU und Freie Wähler den Antrag ablehnten, bleibt deren Geheimnis, zumal die von den beiden Parteien vorgebrachten Argumente den Verdacht nahelegten, dass ein ernsthaftes Interesse an der Weiterentwicklung und Stabilisierung des städtischen Museums nicht besteht.



Carsten Eichmüller

Neue Gebührenordnung für Taxis verschoben



Die neue Gebührenordnung der Stadt Brandenburg Taxiverordnung wurde gestern in der Stadtverordnetenversammlung mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Verwaltung bekam den Auftrag einen neuen Gutachter zu benennen und die Taxiordnung noch mal neu zu erarbeiten. Dabei soll unbedingt betrachtet werden, dass die Ortsteile nicht benachteiligt werden. Es kann nicht sein dass der Bürger eine

Fahrt zu den Ortsteilen 5 € mehr bezahlen muss. Bei gleicher Kilometerentfernung zum Wohngebiet Scholle bzw. Bühnenhaus/Malge oder Hohenstücken sind es 5 € weniger.

Wir fordern eine fortschrittliche Taxiverordnung wie die neue Taxiverordnung Frankfurt/ Oder die jüngst aufgestellt wurde. Uns ist bewusst dass die Taxiverordnung ein Teil des öffentlichen Nahverkehrs ist und der Taxiunternehmer mit den Gebühren auskommen muss. Somit ist es auch wichtig und richtig eine moderate Gebührenordnung auf dem Weg



zu bringen, wo alle Beteiligte ob Taxiunternehmer und Bürger zufrieden sind. Auch eine Bürgerbeteiligung wäre wichtig. Ein neuer unabhängiger Gutachter muss durch die Verwaltung bestimmt werden.

Ein großer Knackpunkt sind auch die Krankenkassen, die mit den Taxiunternehmer andere Gebühren aushandelt haben. Die Krankenkassen interessieren sich nicht für eine Taxiverordnung der Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel.

Nun bleibt erstmal alles beim Alten, keine Gebührenerhöhung und kein Umstellen der Tachometer. Wir bleiben dran!